

Haushaltsrede der SPD-Fraktion zur Stadtverordnetenversammlung am 25.11.2021 (Dr. Birgit Brigl)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Lieber Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Stadtverordneten-Kolleginnen und -Kollegen, liebe Magistratsmitglieder, liebe Vertreterinnen und Vertreter des Seniorenbeirats, des Ausländerbeirats und der Jugendvertretung, lieber Bürgerinnen und Bürger Friedrichsdorfs, Bei der Vorbereitung der Haushaltsrede schaue ich mir auch immer die Rede des Vorjahres an.

„Das war ein schwieriges Jahr für uns alle. Corona hat uns fest im Griff.“

So habe ich im letzten Jahr begonnen, und nie hätte ich es mir träumen lassen, dass wir uns heute in genau derselben Situation befinden, nicht die Vorfreude auf Weihnachten unser Leben bestimmt, sondern Corona.

Deshalb an alle ohne Impfschutz: Lasst euch impfen! Für euch und für uns alle.

Aber kommen wir zum Haushalt:

Die letzten Jahre waren gekennzeichnet durch eine sehr umsichtige Haushaltspolitik, so dass wir auch im Jahr 2022 alle politisch gewollten Vorhaben umsetzen können und es dennoch nicht notwendig sein wird, die Grund- und Gewerbesteuern zu erhöhen. Und das obwohl wir die Angebote für die Friedrichsdorferinnen und Friedrichsdorfer kontinuierlich ausbauen: sei es die Kinderbetreuung, der Öffentliche Nahverkehr oder die Stadtbücherei. Denn wir können in diesem Jahr den Haushalt noch über die außerordentlichen Rücklagen ausgleichen. Und wie schon seit

Jahren nehmen wir keine Liquiditätskredite auf, sondern ausschließlich Investitionskredite, und schaffen dadurch Vermögenswerte. Aber, und das dürfen wir nicht verschweigen: nach jetzigem Stand werden wir in 2023 und 2024 Grund- und Gewerbesteuern moderat erhöhen müssen, um wieviel Prozentpunkte genau werden wir erst mit der nächsten HH-Planung für 2023 sehen. Niemand von uns erhöht gerne Steuern, aber niemand von uns möchte gerne das Schwimmbad schließen, oder die Kulturveranstaltungen vom Programm nehmen.

In den letzten Jahren waren die Ist-Daten des Haushalts durchweg besser als die Plan-Daten. Das hat uns auch der Hessische Rechnungshof bescheinigt. Das nennt der Hessische Rechnungshof „*Leitmotiv des vorsichtigen Kaufmanns*“. Die FDP dagegen interpretiert, wir könnten nicht priorisieren und hätten nicht genug Anstrengungen genommen zu sparen. Die FDP kann sparen: etwa das Budget der Gleichstellungsbeauftragten: kürzen, denn in schwierigen finanziellen Zeiten kann ja die Gleichstellung mal zurückstehen. Oder das Budget für Museumspädagogik: kürzen – denn der Bereich der außerschulischen Bildung bietet sich ja geradezu an. Hauptsache keine Steuererhöhungen. Das sehen wir differenzierter. Für die FDP war die vorsichtige Planung, mit der wir seit Jahren gut fahren, Anlass, den Haushalt durchzuforschen und die Streichung selbst kleinster Positionen zu beantragen. Sicher, gab es die eine oder andere Position, bei der eine Kürzung möglich war. Dann haben wir auch zugestimmt. Aber insgesamt würde die von der FDP eingeschlagene Vorgehensweise zu einem auf Kante genähten Haushalt mit hohem Risiko führen, bei dem das Ist auch ganz plötzlich schlechter ist als der Plan, und wir mit Nachtragshaushalten arbeiten müssten. Und die letzten Jahre zeigen doch, dass die Verwaltung mit finanziellen Spielräumen immer sehr vorsichtig umgegangen ist.

Mit diesem Haushalt haben wir als Koalition Wort gehalten und das Thema Klimaschutz deutlich nach vorne gebracht: Mit der Stelle eines Mobilitätsmanagers / einer Mobilitätsmanagerin können wir nicht nur die Erstellung des Mobilitätskonzeptes fachlich von städtischer Seite begleiten, sondern beispielsweise auch die Ausschreibung des Stadtbusses, die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes und die Realisierung des Radschnellweges nach Frankfurt. Wenn wir im Jahr 2035 wirklich Klimaneutralität erreichen wollen, müssen wir heute anfangen und auch finanziell in Vorleistung treten und nicht erst wenn der Haushalt das „hergibt“. Wer den Klimaschutz ernst nimmt kann gar nicht gegen eine solche Stelle sein.

Auch beim Wohnungsbau konnten wir deutliche Akzente setzen, und so auch den Investitionshaushalt entlasten. Zugegeben: bei dem Bau von Wohnungen auf städtischen Grundstücken hätte es schneller gehen können, aber auch diese werden kommen. Nun haben wir nach klaren Kriterien eine Prioliste für potenzielle Wohnbaugebiete verabschiedet: Neben den bereits erfolgten Planungsschritten, Anzahl der Wohneinheiten, Erschließungsaufwand, Flächenversiegelung auch die Frage wieviel **öffentlich geförderter Wohnungsbau** möglich ist. Darunter sind:

- Die Backesgärten in Köppern mit 20% bezahlbarem Wohnraum = 5 Wohnungen
- Lindenstraße mit 40 % bezahlbarem Wohnraum = 40 Wohnungen
- Der ehemaliger Güterbahnhof mit 20 % bezahlbarem Wohnraum = 20 Wohnungen
- Philipps-Quartier (Rühl-Gelände) mit 20 % bezahlbarem Wohnraum = 30 Wohnungen

Ja, in Friedrichsdorf sind in den letzten Jahren viele Wohnungen entstanden, aber häufig nicht in einem für eine Durchschnittsfamilie bezahlbaren Bereich. Deshalb ist es notwendig den Wohnungsbau genau in diesem Segment zu forcieren.

In so einem Haushalt muss aber auch Platz sein für die ‚kleinen Dinge‘: für die Anträge des Lebendigen Friedrichsdorf zur Einrichtung eines Grillplatzes – daraus ist nun ein Popup-Grillplatz geworden und legalen Graffitiwänden wird auch das Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene erweitert. Und wir werden auch künftig schauen müssen, wie wir das Angebot für Jugendliche verbessern können. Genau wie das Angebot für Seniorinnen und Senioren. Unsere Initiative zum Ausbau der Tagespflege ist dafür nur ein Beispiel.

Und dann kommen wir nochmal auf die Gebühren für die Kindertagesstätten zu sprechen. Ich habe mich sehr gefreut, dass es offenbar einen weitgehend parteiübergreifenden Konsens gibt, dass Kitas als Teil kindlicher Bildung gebührenfrei sein sollten. Dennoch werden Eltern weiterhin Kitagebühren zahlen (bis Bund und Land hierzu Regelungen treffen und für die Finanzierung sorgen). Leider ziehen wir unterschiedliche Schlüsse: die große Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ist der Überzeugung, die beste Option sei die Erhöhung nach dem Gießkannenprinzip. Wir sind der Meinung, Kita-Gebühren müssen sozial gerecht sein. Gerade bei Eltern mit geringerem oder mittlerem Einkommen wird das Familienbudget durch Kitagebühren enorm belastet. Viele Kommunen haben daher eine Sozialklausel in ihren Gebührenordnungen oder sogar Staffelgebühren. In Karben zum Beispiel kostet ein Platz für ein U3 Kind von 06:45 bis 17:00 223 Euro wenn das Bruttofamilieneinkommen unter 36.000 Euro liegt, und 483 Euro bei einem Bruttofamilieneinkommen von über 120.000 Euro. In Oberursel können unter bestimmten Bedingungen bis zu 25 % der Gebühren erlassen

werden. Und viele Kommunen haben flexiblere Betreuungsmodelle. Darüber sollten wir in 2022 reden. Eine pauschale Gebührenerhöhung dagegen werden wir ablehnen.

Zum Schluss möchte ich mich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen bedanken, insbesondere in den Ausschüssen. Dort war eine sachliche Diskussion mit dem Ziel die beste Lösung für Friedrichsdorf zu finden oftmals möglich, und so sollten wir auch weiter machen. Gemeinsam für Friedrichsdorf.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit. Bleiben Sie gesund.